Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 190. Dienstag, 17. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 20 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: i. V.: A. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Zwecklüge von Germersheim.

BR. Eine kurze Zeit wird noch verstreichen. Dann steht das deutsche Reich wieder vor derselben Türe, vor der es vor einigen Monaten vergeblich wartete, auf daß sie sich öffnete, um das Tat werden zu lassen, was die offiziellen Vertreter der Länder in Locarno als die Notwendigkeit und einzige Möglichkeit der Rettung Europas erachteten. Hat sich in der Zeit, die uns von der letzten blamablen Völkerbundstagung in Genf trennt irgend etwas Neues ereignet, hat sich in der Mentalität der Völker, die früher unsere Feinde waren, irgend ein Umschwung vollzogen? Ein Umschwung, der die Hoffnung berechtigen konnte, daß das traurige Spiel der letzten Genfer Komödie sich im September nicht wiederholen wird? Schön klingende Versicherungen, die eine solche Annahme bekräftigen könnten, hat man in den letzten Monaten allerdings zur Genüge vernommen. Aber es waren nur Versicherungen, klingende Worte, Phrasen, ungefähr das gleiche Wortgeräusch, das auch die letzte Genfer Komödie einleitete. Wo blieben die Taten? Die Auswirkungen von Locarno, die unbedingt hätten eintreten müssen, da man in Genf den abziehenden Deutschen die Versicherung mit auf den Weg gab, daß alles so gehandhabt werden sollte, als ob Deutschland tatsächlich Mitglied des Völkerbundes geworden sei? Die Frage der Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland ist praktisch noch nicht gelöst. Wohl erklärt sich Frankreich bereit, ein gewisses Kontingent seiner Truppenstärke zurückzuziehen. Wohlverstanden, unser westlicher Nachbar erklärte sich nur bereit. Hört man jedoch, welches Echo diese papierne Willenserklärung der französischen Regierung in Frankreich selbst fand, so wird man nicht umhin können, dieser Erklärung mit größter Vorsicht zu begegnen.

Germersheim setzte das französische Volk in Flammen. Wohl in der Hauptsache deshalb, weil die französische Presse ihren Lesern den Fall von Germersheim derart auslegte, daß die von Sachkenntnis nicht getrübten Gläubigen nicht anders konnten, als den neuen „deutschen Skandal" als eine Brüskierung des französischen Volkes aufzufassen. So haben es die Kreise, die an einer Verständigung mit Deutschland kein Interesse haben, recht schnell verstanden, den Spieß herumzudrehen. Und Deutschland als den alleinigen Schuldigen für den Vorfall in Germersheim hinzustellen. Wenn der „Temps" die Angelegenheit benutzt, um eine neue Hetze und neuen Theaterdonner gegen Deutschland loszulassen, so darf dies bei der bekannten Einstellung dieses chauvinistischen französischen Blattes nicht Wunder nehmen. Die Sache gewinnt jedoch ein entschieden ernstes Gesicht, wenn man hört, daß auch die übrige Presse, die bis jetzt wenigstens zuweilen versuchte, auch der objektiven Wahrheit einen gewissen Raum zu geben, sich geflissentlich bemüht, die Schlußfolgerungen, die der „Temps" aus seiner Darstellung des Germersheimer Vorfalles zieht, zu eigen zu machen. So schreibt das Journal: „Unter Anerkennung dieser Schlußfolgerungen (gemeint sind natürlich die Schlußfolgerungen des „Temps") hätte die Reichsregierung, so scheint es, nur ihren Irrtum anerkennen und sich den Entschuldigungen anschließen können, die von den Ortsbehörden ausgesprochen worden sind. Die Geduld und die Mäßigung der Alliierten verdient eine andere Belohnung, als den Skandal von Germersheim." Aus diesen wenigen Worten, die das französische Blatt seinen Lesern vorsetzt, klingt nicht nur die handgreifliche Verdrehung der Tatsachen, die Verdunkelung und die Täuschung hervor, auch die Lüge wird als Tatsache hingestellt. Soviel wir wissen, haben die Ortsbehörden im Rheinland sich niemals bei den französischen Kommandostellen entschuldigt. Erstens, weil sie keine Ursache dazu hatten und zweitens, weil sie gerade das von den französischen Militärstellen verlangten, was ihnen jetzt zugeschoben wird. Man sieht also, die öffentliche Meinung in Frankreich wird mit Lügen gespeist, mit Verdrehungen, Fälschungen, einer böswilligen Hetze.

Wir in Deutschland sind an die traurige Stimmungsmache unseres westlichen Locarnopartners nachgerade gewöhnt. Hätten also wenig Ursache, uns allzusehr über das neueste Pariser Sensationsgeschrei aufzuregen. Wenn man nicht wüßte, daß mit diesem Presseradau ein ganz bestimmter Zweck verbunden ist. Die Verminderung der Besatzungstruppen am Rhein, der Fall von Germersheim und schließlich auch die kommende Völkerbundstagung in Genf, sind Angelegenheiten, die voneinander nicht zu trennen sind. Man weiß, daß gerade die französischen Besatzungsbehörden im Rheinland nicht allzu jubelfroh einer Rückkehr ins Mutterland entgegensehen. Der sinkende französische Franc spielt da eine große Rolle. Und auch der Markaufschuß, den die in Deutschland stationierten Soldaten als angenehme Bereicherung ihrer Diäten empfangen. Germersheim gab einen erwünschten Vorwand. Er peitschte die Mißstimmung wieder zu hellen Flammen empor. Und sorgt dafür, daß diese Mißstimmung, wenn Genf vor der Türe steht, ihr zersetzendes Werk fortsetzen wird. Die Reichsregierung wird sich der neuesten Pariser Mache wohl noch ernstlich zu widmen haben.

Die Entscheidung über den Germersheimer Vorfall.

Die Ablehnung der französischen Regierung auf den deutschen Vorschlag, eine besondere Kommission, bestehend aus einem französischen, englischen und deutschen General, zur Prüfung des Germersheimer Vorfalles einzusetzen, hat es notwendig gemacht, deutscherseits einen neuen Ausweg zu suchen. Es ist ausgeschlossen, daß die Regierung darauf verzichtet, Genugtuung zu fordern und die Zusicherung zu erlangen, daß sich derartige Begebenheiten nicht mehr ereignen. Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, wird gegenwärtig innerhalb der Reichsregierung der Plan erwogen, nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Angelegenheit im Völkerbund zur Erörterung zu bringen. Bis zum Herbst wird auch mit der Uebertragung der Militärkontrolle an eine besondere Kommission des Völkerbundes gerechnet.

Daily Telegraph zum Fall Germersheim.

London. Dem diplomatischen Berichterstatter des Daily Telegraph zufolge wird in London die französisch-deutsche Auseinandersetzung wegen der Vorfälle in Germersheim mißbilligt, da eine Fortsetzung dieser Auseinandersetzung gefährlich für die guten Aussichten des Völkerbundes und für Locarno sein könne. Alle noch zwischen Deutschland u. den verschiedenen Alliierten bestehenden Meinungsverschiedenheiten müßten nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erwogen werden. Der in Paris abgelehnte deutsche Vorschlag habe vorgesehen, daß die Zwischenfälle in Germersheim von einer Kommission aus einem deutschen und einem französischen Delegierten und einem englischen Vorsitzenden untersucht werden sollten.

Die Ortswahl für das Reichsehrenmal.

Das Kabinett für die Schinkelwache in Berlin.

BW. Der Beschluß des Reichskabinettes, die Entscheidung über das Reichsehrenmal zu vertagen, bedeutet, wie wir hören, nicht, daß die Erörterungen vorläufig ganz ruhen sollen. Vielmehr wünscht das Kabinett im Einverständnis mit dem Reichspräsidenten, daß nach Anhörung der Wünsche aller beteiligten Kreise, besonders der großen Organisationen, die Oeffentlichkeit nicht weiter beunruhigt wird. Die letzte Entscheidung soll im Kabinett fallen, das sich nach unseren neuesten Informationen für Annahme des Vorschlages Hindenburgs entscheiden dürfte, die Schinkelwache in Berlin zum Reichsehrenmal auszubauen. Der Reichspräsident hat diesem Vorschlage den Vorrang gegeben, weil er der Ueberzeugung ist, daß bei den anderen Projekten und deren Begünstigung der Wunsch der Verbände zugrunde lag, den Ort des Reichsehrenmals zu Demonstrationen größten Stiles zu benutzen. In Berlin wäre jederzeit die Gewähr gegeben, Veranstaltungen jeder Art durch genügenden polizeilichen Schutz zu einem ruhigen Abschluß zu bringen. Auch das Kabinett ist sich darüber einig, daß das Reichsehrenmal nicht dazu dienen dürfe, die politische Verhetzung zu fördern.

Die Kriegsbeschädigtenorganisationen zum Reichsehrenmal.

Zu der vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, vom Reichsverband und Zentralverband der Kriegsbeschädigten und verschiedenen anderen großen Verbänden ehemaliger Frontkrieger an den Reichspräsidenten, die Reichsregierung und den Reichstagspräsidenten gerichteten Eingabe heißt es: Bei der bisherigen Erörterung der Frage der Schaffung eines Reichsehrenmals für die im Weltkrieg Gefallenen hatten die Organisationen der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen erst am 10. August Gelegenheit, in einer Sitzung beim Reichskunstwart ihre Auffassung zu äußern. Mit Bezug auf diese Besprechung halten sie es für ihre Pflicht, nochmals auf das Eindringlichste zu betonen, daß sie die beste Ehrung der Gefallenen in einer ausreichenden Versorgung der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen sehen. Daß die Versorgung bis jetzt im achten Jahre nach Kriegsschluß nicht den Erfordernissen entspricht, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 1. Juli 1926 durch eine mit großer Mehrheit gefaßte Entschließung anerkannt. Bevor an die Errichtung eines Ehrenmals herangegangen wird, müßten erst die brennenden Fragen der Versorgung in befriedigender Form geregelt werden. Die Organisationen geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß dies umgehend, spätestens aber im Zusammenhang mit der Aufstellung des Voranschlags des Reichshaushalts für das kommende Rechnungsjahr geschieht. Bei Erfüllung dieser Voraussetzung werden die Organisationen die äußere Ehrung der Gefallenen in Form eines würdigen Ehrenmals unterstützen. Diese äußere Ehrung soll nach der einmütigen Auffassung der Verbände auch in Form von Zweckbauten zum Ausdruck kommen. Solche Zweckbauten (Erholungsheime, Unterkunftshäuser für Sieche) könnten im Zusammenhang mit einem Ehrenhain errichtet werden. Die Verbände sind dabei der Auffassung, daß hier ein Weg gegangen werden muß, der ohne Aufwendung erheblicher Mittel zum Ziele führt. Deshalb unterstützen sie auf das Nachdrücklichste den Plan der Schaffung eines Ehrenhains bei Berka in Thüringen. Die für die Errichtung eines Ehrenmals notwendigen Kosten müßten vom Reich und von den Ländern aufgebracht werden. Die Vornahme einer öffentlichen Sammlung wird von den Organisationen entschieden abgelehnt.

Um den Zusammentritt der Studienkommission.

BW. Nach den im Auswärtigen Amt in Berlin vorliegenden Berichten der diplomatischen Vertretungen in London, Paris und Madrid haben die Verhandlungen mit Spanien in der Frage der Zuteilung des nichtständigen Ratssitzes an Spanien noch immer nicht zu einer Klärung geführt. Das Madrider Kabinett soll neuerdings verlangt haben, daß Spanien ein nichtständiger Sitz auf die Dauer von 5 Jahren garantiert werde. Wie es heißt, haben sich in den letzten Tagen Delegierte von Paris und London nach San Sebastian, dem Sommeraufenthalt des spanischen Königshauses und der Madrider Regierung begeben, um nochmals den Versuch zu machen, die spanische Regierung im Interesse des Bestandes des Völkerbundes von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß das Verlangen des Madrider Kabinettes automatisch ähnliche Forderungen anderer Mächte auslösen und zu einer neuen Krise des Völkerbundes im September führen müsse.

Angesichts des gegenwärtigen wenig verheißungsvollen Standes der diplomatischen Verhandlungen über die Ratsfrage ist es kein Wunder, wenn immer bestimmter Gerüchte auftauchen, die mit der Möglichkeit einer Verschiebung des für den 6. September angesetzten Beginns der Verhandlungen des Völkerbundsrates um einige Wochen entsprechen. Auch in den Berliner Regierungskreisen scheint sich infolge der anhaltenden Unklarheit bereits eine gewisse Nervosität geltend zu machen. Es ist bisher nicht einmal eine amtliche Mitteilung des Generalsekretariats des Völkerbundes in Berlin eingegangen, ob die Studienkommission am 28. August zusammentreten werde.

In den Berliner politischen Kreisen wirft man nunmehr mit allem Nachdruck die Frage auf, ob es überhaupt noch zweckmäßig sei, die Studienkommission wieder zusammen zu berufen. Man weist darauf hin, daß nach dem ersten Beschluß der Kommission vor Mai dieses Jahres die Zahl der nichtständigen Mitglieder von 6 auf 9 erhöht und die Neuwahl der nichtständigen Staaten auf der Septembertagung des Völkerbundes erfolgen sollte. Weiter war beschlossen worden, daß 3 von diesen 9 nichtständigen Mitgliedern für die Dauer von 3 Jahren, 3 für 2 Jahre und 3 für 1 Jahr gewählt werden sollen. Der Beschluß der Studienkommission sah weiter vor, daß mit einer Zweidrittelmehrheit jederzeit beschlossen werden könne, eine Neuwahl der nichtständigen Mitglieder vorzunehmen. Dieser Passus würde dann zur Anwendung gelangen, wenn sich infolge der Opposition bezw. weitgehender Meinungsverschiedenheiten unter den nichtständigen Mitgliedern ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht mehr ergeben würde.

Um größere Wahrscheinlichkeit für eine Einigung hinsichtlich der Ratsfrage zu erlangen, wäre es nach Auffassung maßgebender politischer Stellen wohl doch am zweckmäßigsten, wenn diese von der Studienkommission bereits im Mai so ziemlich geregelte Frage der bevorstehenden Völkerversammlung zur Begutachtung überlassen werden würde. Aus diesem Grunde ist es nicht von der Hand zu weisen, daß die Studienkommission zur Klärung der Ratsfrage überhaupt nicht mehr zusammentreten wird. Im Interesse Deutschlands wäre ein derartiger Beschluß des Sekretariats des Völkerbundes nur zu begrüßen. Eine Entscheidung darüber dürfte sicherlich in den nächsten Tagen zu erwarten sein, umsomehr, als die Reichsregierung bereits erwogen haben soll, in London und Paris anzuregen, von dem Zusammentritt der Studienkommission abzusehen. Ein Kabinettsbeschluß in dieser Richtung liegt allerdings noch nicht vor. Einigkeit besteht innerhalb der Reichsregierung auf jeden Fall darüber, daß man sich in Genf auf keine neuen Verhandlungen bezüglich der Ratsfrage einlassen und die deutsche Delegation nur dann zu den kommenden Verhandlungen des Völkerbundes entsenden wird, wenn unzweifelhaft feststeht, daß die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied ohne die Einlegung eines Widerspruches irgendeiner Macht gesichert ist.

Eine saarländische Denkschrift.

Die Landesratsfraktionen des Zentrums und der Deutsch-Saarländischen Volkspartei haben dem Völkerbundsrat eine Denkschrift zugehen lassen, die sich gegen den vorherrschenden Einfluß Frankreichs in der Saarregierung richtet und den Völkerbund bittet, diesen Zustand baldigst zu beseitigen, da er dem Geiste des Saarstatuts und dem so oft verkündeten Willen des Landesrates widerspreche.

Die nordische interparlamentarische Konferenz.

Kopenhagen. Die nordische interparlamentarische Delegiertenversammlung hat in einer Entschließung ihre Befriedigung über den Standpunkt ausgesprochen, der während der Delegiertenversammlung des Völkerbundes im März 1926 von den nordischen Ländern in der Frage der ständigen Ratssitze eingenommen wurde. Es liege im Interesse des Völkerbundes, die Zahl der ständigen Sitze nicht über den Platz hinaus zu erhöhen, der Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund zufällt.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages Abg. Hergt hat nach Besprechung mit dem Reichsminister des Auswärtigen für Ende des Monats, voraussichtlich Donnerstag, den 26. August, vorm. 10 Uhr eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses zur Entgegennahme von Erklärungen der Reichsregierung über die gegenwärtige außenpolitische Lage, insbesondere auch über die dringlichen Fragen der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes in Aussicht genommen.

SLUB
Wir führen Wissen.